

Frage 2:

Das Jobcenter übernimmt für ALGII-Bezieherinnen nur dann die Miete, wenn sie innerhalb der sogenannten "Angemessenheitsgrenzen" liegt. Würden Sie sich im Rat dafür einsetzen, zu untersuchen, ob es für diesen Personenkreis überhaupt möglich ist, eine Wohnung in Münster zu finden, und falls ja, wie lange die Suche in der Regel dauert?

Sebastian Kroos (Piratenpartei)

In Münster ist bezahlbarer Wohnraum für zu viele Mangelware, das wird wohl niemand bestreiten. Trotz der in Münster recht großzügigen Höchstgrenzen kann ich mir gut vorstellen, dass es schwierig bis unmöglich ist, den Anforderungen des Jobcenters zu entsprechen. Ein Problem sind ja auch die Nebenkosten, wo das Jobcenter strikte Grenzen zieht. Bei der Kaltmiete räumt das Amt ja immerhin Übergangsfristen ein und zahlt auch über den Höchstgrenzen. Eine langfristig nachhaltige Lösung ist es, mehr Wohnraum zu schaffen. Das Jobcenter sollte die Realität anerkennen und entsprechend Kulanz einräumen.

Ratsherr Thomas Fastermann (SPD)

Ich glaube, da braucht man gar keine lange Untersuchung. Es ist ganz klar: In Münster gibt es nicht ausreichend bezahlbaren Wohnraum. Die Frage ist nicht, wie lange muss man suchen. Da müssen wir keine Verwaltungskompetenz bündeln. Wichtig ist, dass wir diesen Wohnraum schaffen, der bezahlbar ist. Das heißt nicht im Einzelfall, dass es nicht auch Fälle gibt, wo eine Wohnung wirklich nicht angemessen ist. Aber in der großen Masse müssen wir einfach zusätzlichen preiswerten Wohnraum schaffen. Deswegen ist es richtig, dass wir als SPD jetzt auf den Weg bringen, dass es klare Quoten für geförderten Wohnungsbau gibt, in jedem Quartier. Und an diese Quoten muss sich jeder Investor halten. Das heißt, wir schaffen damit mehr bezahlbaren Wohnraum für alle.

Uwe Raffloer (UWG)

Das ist also auch so, dass diese Angemessenheitsgrenze für Münster speziell ermittelt wird. Das heißt also, das hohe Mietniveau, das wir hier in Münster haben, wird auch bei den Mietzuschüssen für ALG 2-Bezieher berücksichtigt. Die Stadt Münster bezahlt also an der Stelle schon etwas mehr, als in anderen Städten gezahlt wird. Trotzdem ist es für uns von der UWG ganz wichtig, dass natürlich auch für ALG 2-Bezieher ausreichend Wohnangebote geschaffen werden, und dass sie hier auch vernünftig wohnen können. Münster hat sehr umfangreiche Daten zu dem Wohnungsmarkt vorliegen, und wir würden uns dafür einsetzen, dass diese Daten auch im Hinblick auf diese Frage ausgewertet werden. Und dass die Ergebnisse dann auch in die Umgang- und Bewilligungsbescheide für die Mietzuschüsse einfließen können. Aber hier gilt, wie bei der ersten Frage auch, wenn wir Nachfrage und Angebot ausgleichen, das heißt wenn wir wieder Wohnungen bauen, dann wird es auch hier eine Entspannung geben.

Rüdiger Sagel (Die Linke)

Die ALG-II-Bezieherinnen und -Bezieher - die Leute, die das so genannte Hartz 4 bekommen - stehen vor dem Problem, dass sie, nachdem sie arbeitslos geworden sind, nach einer gewissen Zeit aufgefordert werden umzuziehen, weil sie zu große, also auch zu teure Wohnungen haben. Die Realität ist aber, dass es in Münster gar keine Wohnungen gibt, die dann für sie in Frage kommen. Oder sie noch viel, viel teurer sind. Deshalb sind wir als Linke grundsätzlich dafür, dass die Leute in ihren Wohnungen bleiben können, weil das Problem mit einem Umzug nicht gelöst wird. Es ist nach wie vor das generelle Problem, dass in Münster Tausende von Wohnungen fehlen und vor allem keine Sozialwohnungen vorhanden

sind. Das heißt: Wohnungen, die bezahlbar sind, mit Mietpreisen, die im Bereich zwischen fünf und sieben Euro liegen. Diese Wohnungen gibt es so gut wie gar nicht.

Ratsherr Gerhard Joks (Bündnis 90/Die Grünen/GAL)

Zu dieser Frage kann ich Ihnen sagen, dass wir großes Interesse daran haben, ob die Angemessenheitsgrenzen passen. Das heißt, an so einer Untersuchung über die Wohnverhältnisse der Bezieher von ALG 2 wären wir sehr interessiert. Und wir würden auch gerne dafür sorgen, dass diese Untersuchung möglichst schnell passiert, denn wir wissen, dass die Mietverhältnisse in Münster auf Grund der Höhe der Mietpreise so sind, dass diese Wohnungssuchenden kaum Chancen haben, in der eigentlichen Stadt, in der Innenstadt, eine Wohnung zu finden.

Ratsherr Franz Pohlmann (ödp)

Eine Regelung zum angemessenen Wohnraum für ALG2-Bezieher muss es mit Sicherheit geben. Ob die Angemessenheitsgrenzen für Münster wirklich angemessen und realistisch sind, müsste in der Tat einmal untersucht werden. Wie ich aber schon bei der Beantwortung der ersten Frage klargestellt habe, lehnt die ÖDP ordnungspolitische Eingriffe ab. Wir möchten einen gesellschaftlichen Wandel befördern, der den Menschen wieder in den Mittelpunkt stellt und nicht den Kommerz. Wenn Egoismus und Individualismus wieder hinter den Gemein Sinn zurücktreten, ließe sich auch dieses Problem lösen.

Ratsfrau Angela Stähler (CDU)

Ja, dieses Thema ist natürlich etwas schwierig und man muss sehr vorsichtig sein, weil die Angemessenheitsgrenze im Bundessozialhilfegesetz geregelt ist. Das heißt, dieser Bereich liegt nicht im Kompetenzbereich der Stadt Münster und damit natürlich auch nicht im Entscheidungsbereich des Rates der Stadt. Aber generell unterstützen wir natürlich, wenn solche Untersuchungen angestellt werden. Es ist immer eine Bereicherung und immer gut, zu wissen, wie die Dinge in der eigenen Stadt geregelt sind. Generell würde ich sagen, ist die Stadt Münster schon sehr gut aufgestellt, bietet ein gutes soziales Netz und fängt die Betroffenen auf.

Ratsherr Jürgen Reuter (FDP)

Ich glaube, dass der oder die Fragesteller noch nicht richtig informiert sind. Vom Sozialamt wurde bereits eine Stelle beim Amt für Wohnungswesen dafür eingerichtet. Diese Stelle war auf zwei Jahre befristet und soll nun für weitere zwei Jahre weiterlaufen. Der oder die Mitarbeiter beim Amt für Wohnungswesen vermitteln und suchen Wohnungen für diesen Personenkreis, die auf dem Wohnungsmarkt schwer vermittelt werden können, er führt also Gespräche mit den Vermietern und verhandelt mit den Wohnungsunternehmen, und führt auch dort Beratungsgespräche durch. Bisher konnten 216 Personen in Wohnungen vermittelt werden. Wie lange er dafür braucht, kann ich nicht sagen, im letzten Jahr hat er insgesamt 28 Wohnungen gefunden, und die FDP wird diese Stelle auch weiterhin unterstützen.